

Rede von Daniel Reinhardt 18.12.2020 (Plenarprotokoll 7/31)

Hortlerzieher mit Lehrbefähigung stärken, Erlangung der Lehrbefähigung wieder ermöglichen

Zum Antrag der Fraktion der AfD - Drucksache 7/1318

Den Einwurf, dass die Anträge je später immer besser werden und dass es auch inhaltlich gute Anträge der AfD zur Bildungspolitik gäbe, kann ich so natürlich nicht stehen lassen. Es ist – wie so oft – auch in den Ausschüssen inhaltlich nicht so toll. Ein bildungspolitisches Alleinstellungsmerkmal in Thüringen sind unsere Horte, finanziell und strukturell.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus Sicht der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gilt es, diese zu erhalten, um das Ziel einer modernen Ganztagschule zu erreichen und die Hortnerinnen als wichtigen Bestandteil des Teams Grundschule zu erhalten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Antrag der AfD geht es darum, dass die Lehrbefähigungen von Hortlerzieher/-innen gestärkt und ermöglicht werden, um somit Hortlerzieher/-innen in den Unterricht einzubinden – was auch zur Folge hätte, dass uns die Fachkräfte für die wichtige Aufgabe der Ganztagsbetreuung an unseren Thüringer Horten fehlen würden. Ziel ist es – so steht es in der Begründung –, dass man mit dieser Maßnahme nur den Mangel an Grundschullehrer/-innen in der Grundschule abbauen möchte. Dieses Ansinnen passt natürlich zum Familienbild der AfD, das mindestens als altkonservativ beschrieben werden kann, kurz gesagt so viel wie: Die Frau soll sich bitte zu Hause um die Pflege und Erziehung des deutschen Kindes kümmern, aber mehr auch nicht. Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, liebe Hortlerzieherinnen, verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Die Arbeit, die Sie täglich leisten, unabhängig von der aktuellen Pandemie, soll und gehört wertgeschätzt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Ihre tägliche Arbeit an den Kindern, mit den Eltern, mit den Lehrkräften möchten wir, möchte ich stellvertretend Danke sagen. Wir wissen, dass Sie oftmals einspringen, um die Klasse, um den Unterricht am Laufen zu halten. Für eine entsprechende Anerkennung der Hortlerzieher/-innen, die bereits jetzt schon mit der Lehrbefähigung arbeiten, wird das TMBJS zukünftig sicherlich Sorge tragen, denn nicht erst seit 2018 wird daran gearbeitet. Teil dieses Prozesses der Anerkennung müssen aber auch die Gewerkschaften und Personalräte sein.

Seit 2014 hat die rot-rot-grüne Landesregierung daran gearbeitet, dass die Hortbetreuung stetig ausgebaut wurde. Damals starteten wir mit einem Beschäftigungsumfang von nur 50 Prozent für Hortlerzieher/-innen. Nunmehr sind wir zwischen 60 und 80 Prozent, also bei 70 Prozent. Das haben wir geschafft, denn auch im nächsten Jahr wollen wir 300 neue Stellen in den Thüringer Horten neu schaffen. Insgesamt wird uns das ca. 150 Millionen

Euro kosten.

Das Ziel, Horterzieher/-innen – oder wie man früher die Kollegen und Kolleginnen nannte: die Pionierleiter/-innen –, die noch eine Lehrbefähigung haben, denn um die geht es hier in diesem Antrag speziell, am oder im Unterricht einzubinden, quasi als Lehrer einzustellen, ist verständlich, führt aber am Ziel vorbei, die fehlenden Lehrerstellen im Grundschulbereich zu besetzen.

Anmerken möchte ich, dass das TMBJS sicherlich an der Würdigung der zusätzlichen Aufgaben arbeitet, die unsere Horterzieher/-innen täglich leisten. Ziel sollte es sein, das Grundschullehramt als Beruf attraktiv zu gestalten, um so die fehlenden Stellen zu besetzen. Und ja, das werden wir nicht nur machen, das haben wir auch schon gemacht. Ich erspare Ihnen nun die weiteren Maßnahmen, die wir untersetzen, um den Lehrer/-innenberuf attraktiv zu machen. Aber aus aktuellem Anlass möchte ich dennoch darauf hinweisen, dass wir heute mit der A13 für die Grundschullehrer/-innen einen effizienten Weg gefunden haben, diesen Beruf attraktiv zu gestalten. Und Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der AfD, haben dagegen gestimmt. Das kann man nicht verstehen. Und so komme ich tatsächlich zu der Schlussfolgerung, dass Sie in diesem Antrag gestellt haben – man könnte es fast billigen Populismus nennen –, um Betroffene mit einem berechtigten Anliegen für Ihre Politik zu missbrauchen oder zumindest vorzuschieben. Wir werden diesen Antrag zumindest ablehnen. Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)